

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Rostes Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gen. an der vollen Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Uchtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 302

Sonnabend, den 29. Dezember 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts und Viehhalters **Karl Max Böhmert in Bretzig**, Bez. Dresden, wird infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlages zu einem Zwangsvergleichs Vergleichstermin auf

den 15. Januar 1929, vormittags 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

In diesem Termin sollen auch nachträglich angemeldete Forderungen geprüft werden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 27. Dezember 1928.

Wohnungsbaubeihilfen 1929.

Baulustige, die sich bei dem unterzeichneten Bezirksverbande um eine Baubeihilfe für einen Neubau aus den für das Rechnungsjahr 1929 zu erwartenden Wohnungsbaumitteln

bewerben wollen, werden hierdurch aufgefordert, bis zum 20. Januar 1929 entsprechende Gesuche einzureichen.

Für diese Gesuche dürfen nur die bei den Gemeindebeamten kostenlos zu entnehmenden Vordrucke benutzt werden. Diese Vordrucke sind so gehalten, daß besondere Eingaben völlig entbehrlich sind. Die ausgefüllten Vordrucke sind ausschließlich an die zuständige Gemeindebehörde abzuliefern, die die eingegangenen Gesuche weiterleitet. Gesuche, die unmittelbar beim Bezirksverband und solche, die nicht unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordruckes eingereicht werden, werden dem Gesuchsteller ohne weiteres zurückgegeben.

Persönliche Vorprachen an Amtsstelle zur etwaigen Begründung besonderer Dringlichkeit und dergl. sind zwecklos. Die Gemeindebehörden sind angewiesen, durch Anschlag an den Bekanntmachungstafeln auf diese Bekanntmachung noch besonders hinzuweisen.

Ramenz, am 16. Dezember 1928.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft
Baubeihilfen.

Das Wichtigste

Das Befinden des englischen Königs hat sich wieder verschlechtert. Mussolini läßt 2000 Deutsche in Südtirol enteignen. Amerikanische Kunsttreiber sind durch den Bildfälscher Dossina um 1 1/2 Millionen Dollar betrogen worden.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, den 30. Dezember 1928 von Herrn Dr. med. Schöne, am Dienstag, den 1. Januar 1929 von Herrn Dr. med. Viertel versehen.

Pulsnitz. (Der Mitterabend) wird am Donnerstag, den 3. Januar 1929, abends 8 Uhr, im Pfarrhause (Konfirmandenzimmer) abgehalten.

(Gute Ratsschläge für den Winter.) Man veräume nicht, allwöchentlich einen Topf wallendes Sodawasser in den Ausguß zu gießen, um die im Winter sich leicht ansammelnden Fettsäuren aus dem Ausgußrohr zu beseitigen. Sollte die Gasse schlecht riechen, nimmt man etwas übermangensaures Kali in das Wasser. — Schuhsohlen gegen Nässe zu schützen und ihnen längere Haltbarkeit zu verleihen, erreicht man, wenn man sie mehrere Male mit warmem Leinöl einreibt. Auch Firnis wird dazu empfohlen, aber besser ist Leinöl, nur müssen die Schuhe, mit der Sohle nach oben, vor dem Anziehen ordentlich trocken werden.

(Aus dem Justizministerialblatt für den Freistaat Sachsen.) Das Justizministerialblatt für den Freistaat Sachsen Nr. 15 vom 22. Dezember enthält Verordnungen über die Niederschlagung von Kostenbeträgen, deren Höchstgrenze auf 1 RM festgesetzt wird; ferner über den Wegfall gewisser Benachrichtigungen an die Oberpostdirektionen; über Änderungen der Geschäftsordnung betreffend die Entschädigung von Schöffen und Geschworenen; weiter eine Bekanntmachung über den Rechtshilfe-Versuch auf Grund der Internationalen Übereinkunft zur Bekämpfung unzüchtiger Veröffentlichungen und endlich eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden in Aufwertungssachen.

Großnaundorf. (Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins.) Noch vor Jahreschluß hatte der Landwirtschaftliche Verein seine Mitglieder zu einer Arbeitsversammlung in Lunzes Gasthof am gestrigen Abend aufgerufen, um eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen. Nach Begrüßung aller Mitglieder vollzog der Vorsitzende, Herr Lehngutsbesitzer Emil Münch, die Aufnahme eines neu zugezogenen Mitgliedes und schritt hierauf zur Ausständigung eines Diplomes an Fr. Frieda Kemner, die in letzter, vorbildlicher Treue sechs Jahre lang bei Herrn Gutsbesitzer Paul Hesse als Wirtschaftsgehilfin gedient hat. Gleichzeitig schenkte der Verein ihr in Anerkennung ihrer Leistungen ein wertvolles Preisgeld mit Widmung und Tablet. Der Vorsitzende nahm hierbei Gelegenheit, Fr. Kemner in beredten Worten zu ehren und sie zu beglückwünschen. Bewegten Herzens dankte die also Geehrte. Den übrigen Teil des Abendprogrammes füllten interne, geschäftliche Besprechungen aus, von denen hervorgehoben zu werden verdient, daß der Verein Anfang des kommenden Jahres einen wertvollen Lehrfilm für alle Mitglieder und deren Angehörige zum Abrollen bringen wird, betitelt „Der Pflanzenarzt“. Mit besten Wünschen fürs neue Jahr wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Poincaree wieder vor dem Sturz

Paris. Kaum ist das neue Kabinett Poincarés im Amt, da machen sich schon wieder die ersten Anzeichen einer Regierungs- und Koalitionskrise sehr deutlich bemerkbar. Wenn es gut geht, wird die gegenwärtige Regierung ihr zweimonatliches Jubiläum feiern können. Mehr gibt man ihr nicht. Die Prognose lautet allgemein, daß das Kabinett noch im Januar stürzen wird. Man erzählt sich, daß der Ministerpräsident, der schon während der Budgetberatung in der Kammer ziemlich nervös und reizbar war, fest entschlossen ist, nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes, vielleicht schon am 2. Januar, dem Präsidenten der Republik seine Demission zu überreichen.

Wenn auch diese Gerüchte verfrüht erscheinen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß dieses Verlegenheitskabinett, das Poincaré nach dem Austritt der radikalsozialen Minister zu bilden gezwungen war und dem er selbst wegen der in ihm vorhandenen unerträglichen Spannungen keine lange Lebensdauer versprach, gerade in den letzten Wochen sehr viel von seinem guten Ruf eingebüßt hat und über kurz oder lang doch einmal zu Fall gebracht werden wird.

Der Grund der Krise

sind tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Es handelt sich einmal um die parlamentarischen Diäten. Die Abgeordnetengehälter sind durch einen Kammerbeschluß von 45 000 auf 60 000 Francs jährlich erhöht worden. Der Beschluß führte zu einer heftigen Pressekampagne, da man den Volksvertretern stark verübelte, daß sie mangels ausreichender Mittel die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenpensionen, der Altersrenten usw. ablehnen mußten, gleichzeitig aber die Heraushebung ihrer eigenen Diäten durchsetzten. Der Ministerrat entschied sich daraufhin, mit einer eigenen Vorlage einzugreifen, und zwar gegen den Willen Poincarés, der zeitweilig sogar mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Diese Differenzen innerhalb der Regierung fanden ihren Ausdruck in der letzten Senatsitzung. Der Finanzminister Chéron, ein Anhänger der Diätenerhöhung, versuchte für seine Vorlage Stimmung zu machen, während Poincaré sich schärf dagegen aussprach.

Frankreichs Flottenabrüstungsprogramm.

Paris. Die Pariser Deputiertenkammer wird in einer ihrer nächsten Sitzungen sich mit dem Gesetzentwurf des Marineministeriums über das „Flottenstatut“ beschäftigen, das die Kampfkraft Frankreichs zur See regelt. Nach diesem Gesetzentwurf setzt sich die ständige französische Flotte folgendermaßen zusammen: 175 000 Tonnen Panzerkreuzer und Schlachtkreuzer, 390 000 Tonnen Kreuzer, Torpedobootszerstörer, Torpedoboote, 96 000 Tonnen Tauchboote, 60 000 Tonnen Flugzeugmuttertschiffe. In dieser Tonnage sind nicht enthalten die Sonderschiffe, wie Minenleger, Kohlen- und Petroleum-Tauchboote, Schulschiffe, Fischereischiffe und Werkstättenchiffe.

Diese Flotte soll spätestens 1943 erbaut sein.

Jedes Jahr wird das Finanzgesetz die Zahl und den Typ der Schiffe festlegen, zu deren Auftragserteilung der Marineminister ermächtigt wird. Das Flottenstatut sieht vor, daß die Linienschiffe 20 Jahre, die leichten Kreuzer 17 Jahre, die Torpedoboote und Torpedobootszerstörer 15 Jahre und die Tauchboote zwölf Jahre, gerechnet von den ersten Versuchsfahrten an, im Dienst sein werden.

Der Berichterstatter Appell betont in seinem Bericht, man habe den Beschränkungen der Washingtoner Verträge

Rechnung tragen und in den Möglichkeiten des Haushalts bleiben müssen. Die französische Flotte solle die Freiheit der Verbindungen zwischen Mutterland und Nordafrika sichern, die für die Mobilmachung zu Lande unumgänglich ist.

Rücktritt des französischen Votschafters in Berlin?



Die Gerüchte, daß Frankreichs Votschafter in Berlin, Herr de Marguerie, demnächst aus persönlichen Gründen von seinem Posten zurücktreten werde, verdichten sich immer mehr. Als Nachfolger wird der französische Gesandte in Kopenhagen, Hermite, genannt.

Einberufung der Abrüstungskommission zum 15. April.

Genf. Der Präsident der Vorbereitenden Abrüstungskommission und holländische Gesandte in Paris, Louvois, hat die Vorbereitende Abrüstungskommission für den 15. April 1929 zu ihrer sechsten Sitzung nach Genf einberufen.

Die Einberufung an sich bedeutet noch nichts. Es handelt sich vorläufig nur darum, dem Beschluß der Völkerbundversammlung zu entsprechen, demzufolge eine solche Tagung zu Anfang 1929 abgehalten werden muß. Die einfachen Fragen, die zu behandeln wären, sind: der deutsche Vorschlag betreffend eine ernsthaftige Veröffentlichung der Rüstungen, der zweite russische Abrüstungsantrag und — vielleicht — die französische Forderung nach internationaler Kontrolle. Die größte Schwierigkeit bereiten das Marineproblem und die Forderung Frankreichs, die Reservisten und das Kriegsmaterial von der Abrüstung auszuschließen.

Der Präsident der Spezialkommission für die Waffenkontrolle, Graf Bernstorff, hat diese Kommission für den 11. März 1929 nach Genf einberufen.

Verschärfung des Konflikts

zwischen Bolivien und Paraguay.

Washington. Nachdem die Vermittlungsbemühungen zum Stillstand gekommen sind, da man abwartet, ob Poli-